

Dokumentation

Berichtszeitraum
August – September
2005

Außenpolitik

Carola Milbrodt

1 Sino-russisches Manöver als weiterer Meilenstein in den bilateralen Beziehungen

Zwischen dem 18. und 25. August fand die „Friedensmission 2005“, das erste gemeinsame Manöver Chinas und Russlands, statt. Als Ereignis von weit reichender historischer und politischer Bedeutung bezeichnete der Oberbefehlshaber der russischen Armee, General Yurij Baluyevskiy, die gemeinsame Militärübung, nachdem er sie zusammen mit seinem chinesischen Amtskollegen, General Liang Guanglie, in Vladivostok eröffnet hatte. (Xinhua, 18.8.05, nach BBC PF, 18.8.05; ZTS, 18.8.05, nach BBC PF, 18.8.05)

Mit der Teilnahme von insgesamt etwa 10.000 Armeemitgliedern, davon 1.800 der russischen Armee, setzte China seinen Wunsch durch, das Manöver zu einem Ereignis von großer Dimension zu machen (vgl. C.a., 2/2005, Dok 4). Für China war es die größte in Kooperation mit einem anderen Staat durchgeführte Militärübung seit über 20 Jahren. Die enorme Bedeutung dieser Kriegssimulation ist auch aus der Teilnahme diverser hochrangiger Offiziere und Generäle sowie

am Einsatz von schwerem militärischem Gerät abzuleiten. Beide Armeen stellten Einheiten der Bodentruppen, Marine und Luftwaffe zur Verfügung. Es kamen verschiedene Kriegsschiffe, nicht nukleare U-Boote, militärische Transport- und Kampfflugzeuge sowie Hubschrauber zum Einsatz. (RIA news agency, 2.8.05, nach BBC PF, 2.8.05; XNA 5., 10.8.05; *Wen Wei Po*, 8.8.05, nach BBC PF 8.8.05; ST, 12., 26.8.05; ZTS, 18.8.05, nach BBC PF, 18.8.05; SCMP website, 18.8.05, nach BBC PF, 18.8.05; *Ta Kung Pao* website, 14., 19.8.05, nach BBC PF, 14., 19.8.05)

Russland nutzte das Manöver auch, um seine militärische Ausrüstung in Aktion zu zeigen und für dessen Kauf zu werben. Aus diesem Grund rief die Präsenz russischer Strategischer Bomber, insbesondere Tu-95 Bomber sowie Tu-22M Langstreckenbomber besondere Aufmerksamkeit unter internationalen Beobachtern hervor. Pavel Felgenhauer, Verteidigungsexperte in Moskau, erklärte der *South China Morning Post*, diese Bomberflugzeuge könnten sowohl konventionelle als auch nukleare Waffen tragen und China im Falle eines Krieges um Taiwan gegenüber den USA einen strategischen Vorteil gewähren. (SCMP website, 18.8.05, nach BBC PF, 18.8.05; RIA news agency, 23.8.05, nach BBC PF, 23.8.05)

In Vorbereitung auf das Kooperationsmanöver wurde am 4. August ein Abkommen zwischen der chinesischen und der russischen Regierung über den Status von Truppen während militärischer Übungen im jeweils anderen Land unterzeichnet. Am Tag darauf machten sich die ersten russischen Einheiten auf den Weg zur chinesischen Halbinsel Shandong bzw. vor dessen Küste, wo sich bis zum 13. August alle Übungsgruppen versammelt hatten. Dort fanden am 14. August sino-russische Trainingsübungen zum Aufspüren und Zerstören von U-Booten sowie zur Landung mit Amphibienkriegsschiffen statt. An dieser „Generalprobe“ zum eigentlichen Manöver nahmen laut Interfax insgesamt über 160 militärische Trans-

portmittel teil. (XNA, 4.8.05; *Ta Kung Pao* website, 14.8.05, nach BBC PF, 14.8.05; ITAR-TASS news agency, 4., 14.8.05, nach BBC PF, 4., 14.8.05; *Nezavisimaya Gazeta*, 15.8.05, nach BBC PF, 15.8.05; Interfax-AVN military news agency website, 15.8.05, nach BBC PF, 15.8.05; *Wen Wei Po*, 9.8.05, nach BBC PF, 9.8.05)

Der offizielle Teil der „Friedensmission 2005“ wurde in drei Phasen unterteilt. Die Oberbefehlshaber beider Armeen eröffneten die einwöchige bilaterale Militärübung am 18. August mit dem Beginn zweitägiger militärischer und politischer Konsultationen im russischen Vladivostok. Während der zweiten Phase der Übungen wurden zwischen dem 20. und 22. August gemeinsame Truppenübungen sowohl auf der Shandong-Halbinsel als auch vor der Küste durchgeführt. Mit einem Aufmarsch der teilnehmenden Marine und Luftwaffe begann am 23. August Phase drei des sino-russischen Manövers. Die hierbei stattfindende große Militärübung dauerte drei Tage und simulierte eine Seeblockade. Insbesondere sollten durch die gemeinsame Operation von Luftwaffe und Marine feindliche Kriegsschiffe und U-Boote attackiert und eigene verteidigt werden. (ITAR TASS news agency, 7., 19.8.05, nach BBC PF, 7., 19.8.05; *Wen Wei Po*, 9.8.05, nach BBC PF, 9.8.05; Xinhua, 23., 25.8.05, nach BBC PF, 23., 25.8.05; XNA, 22., 23.8.05; ST, 24.8.05)

Aussagen des obersten Befehlshabers der russischen Truppen während des Manövers, General Vladimir Moltenskoy, zufolge, diene als Szenario der Militäroperation ein hypothetisches Drittland – hier durch die Halbinsel Shandong dargestellt – auf dessen Territorium es zu ethnisch bedingten Aufständen und zur Konfrontation zwischen verschiedenen Kräften gekommen sein soll. An diesem Punkt setzt das Manöver an. Nach Erhalt eines UN-Mandats rückt die multinationale Truppe an, um den Frieden in der Region wiederherzustellen. Moltenskoy erklärte den Ablauf der Übung folgendermaßen: „Die von Terroristen eingenomme-

ne Küste wird zunächst von der See her durch Kriegsschiffe blockiert, woraufhin eine Landung eingeleitet wird. Im Anschluss daran ist geplant, das Gebiet in dem sich die fiktiven Terroristen verschanzen, durch den Einsatz von Langstreckenflugzeugen und Jägern zu isolieren.“ (ST, 12.8.05; *Nezavisimaya Gazeta*, 22.8.05, nach BBC PF, 22.8.05)

Zur dritten und wichtigsten Phase des Manövers waren diverse Beobachter aus den Staaten der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) – in dessen Rahmen die Militärübung stattfand – sowie weiterer Länder geladen. Alle Mitgliedsstaaten der SCO waren mit ihren Verteidigungsministern bzw. deren Stellvertretern anwesend. Anfragen Japans und der USA, Beobachter zu den Übungen zu senden, wurden im Vorfeld von Moskau und Beijing abgelehnt. (*Wen Wei Po*, 9.8.05, nach BBC PF, 9.8.05; ITAR-TASS news agency, 10.8.05, nach BBC PF, 10.8.05; ST, 12., 25.8.05; SCMP website, 18.8.05, nach BBC PF, 18.8.05; *The News* website, 23.8.05, nach BBC PF, 23.8.05; Xinhua, 24., 25.8.05, nach BBC PF, 24., 25.8.05; XNA, 25.8.05; Tajik Television first channel, 28.8.05, nach BBC PF, 28.8.05; KyrgyzInfo news agency website, 29.8.05, nach BBC PF, 29.8.05)

Das auf Initiative Chinas durchgeführte Manöver (RTR Russia TV, 29.8.05, nach BBC PF, 29.8.05) hatte laut offizieller Darstellungen beider Seiten zum Ziel, die Fähigkeit der russischen und chinesischen Armee zu stärken, gemeinschaftlich gegen internationalen Terrorismus, Extremismus und Separatismus zu kämpfen und zusammen regionale Krisen jeglicher Art zu bewältigen. Außerdem sollte die militärische Kooperation das Vertrauen und die Freundschaft zwischen China und Russland stärken sowie den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern fördern. Von offizieller Seite wurde mehrfach und mit Nachdruck betont, die Übung habe keinen Bezug zu Taiwan und richte sich nicht gegen eine dritte Partei. (ITAR TASS

news agency, 10., 19.8.05, nach BBC PF, 10., 19.8.05; ST, 12.8.05; XNA, 18.8.05; ZTS, 18.8.05, nach BBC PF, 18.8.05)

Gerade diese Beteuerung wird von Militärexperten jedoch stark angezweifelt. Internationale Beobachter haben die Vermutung geäußert, unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung wurde in Wahrheit ein Angriff auf Taiwan geübt. Der US-Verteidigungsexperte Peter Brooks sieht in der chinesisch-russischen Militärübung eine klare Warnung an die Adresse Washingtons und eventuell auch Tokyos. Die strategische Partnerschaft zwischen China und Russland (vgl. auch C.a., 4/2005, Dok 1) sei durch das gemeinsame Manöver gestärkt worden, der Einfluss der USA in der asiatisch-pazifischen Region hingegen wurde geschwächt. Falls es zu einer militärischen Auseinandersetzung um Taiwan kommen sollte, würde russisches Militär China möglicherweise zur Seite stehen, sei laut Brooks die Botschaft dieses Manövers (ZTS, 18.8.05, nach BBC PF, 18.8.05; ST, 24., 27.8.05). Auch in Russland und China wird von politischen Beobachtern am offiziell bekundeten Ziel der Militärübung gezweifelt. Die russische Zeitung *Nezavisimaya Gazeta* zeigte sich über die Teilnahme derart vieler Schiffe bei einer angeblich antiterroristischen Operation verwundert und stellte fest, internationale Terroristen hätten bislang noch keine Marine oder kampffähige Luftwaffe vorzuweisen. Aufgrund des dargestellten Szenarios und des Trainings der Truppen im offensiven Stil schlussfolgert das Blatt, die „Friedensmission 2005“ sähe viel eher nach einer strategischen Landeoperation in Vorbereitung auf einen möglichen Angriff auf Taiwan aus (*Nezavisimaya Gazeta*, 15., 22.8.05, nach BBC PF, 15., 22.8.05). Auch der VR-chinesische Militärforscher Prof. Ni Lexiong gibt zu bedenken, die Luftwaffen- und Landeübungen hätten nichts mit dem Kampf gegen den Terrorismus zu tun (ZTS, 18.8.05, nach BBC PF, 18.8.05). Sogar das chinesische Militärmagazin *Shijie Junshi* stellte mit Blick auf die Landeübungen und auf den Einsatz verschiedenen schweren Ge-

räts die Terrorbekämpfung als wahres Ziel des Manövers ernsthaft in Frage (*Ta Kung Pao*, 19.8.05, nach BBC PF, 19.8.05). Angesichts dieser Mutmaßungen blieben Stimmen auf Taiwan und in den USA ungewohnt verhalten. Der US-amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld spielte die Bedeutung des Manövers mit folgenden Worten herunter: „Wir beobachten was stattfindet, aber haben nichts darin erkennen können, was eine Gefahr für Taiwan oder jemanden anderes darstellt“ (ST, 25.8.05).

Insbesondere chinesische Militärbeobachter analysierten die Wahl des Ortes für die Kriegssimulation. Ursprünglich war geplant, die Übung an der chinesisch-russischen Grenze durchzuführen (vgl. C.a., 2/2005, Dok 4), sie wurde jedoch dann etwa 800 km weiter südlich verlegt (ZTS, 18.8.05, nach BBC PF, 18.8.05). Der bekannte Militärexperte der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, Hong Yuan, gibt zu bedenken, dass diese Region sowohl für China als auch für Russland von großer geostrategischer Bedeutung sei. Das russische Militär könne seinen bisher relativ schwachen Einfluss über die Pazifikregion auf diese Weise stärker geltend machen (*Wen Wei Po*, 23.8.05, nach BBC PF, 23.8.05). Für China spiele die Kontrolle der Bohai-Bucht nördlich von Shandong eine enorme strategische Rolle, kommentierten internationale Experten, habe sie doch Verbindung zu den Gewässern in denen Chinas Hauptrisiken liegen: die Taiwan-Straße und das Ostchinesische Meer. Chinesische Militärbeobachter mutmaßten weiterhin, dieses zum großen Teil auf See durchgeführte Manöver untermauere das Streben der beiden strategischen Partner, zukünftig als Seemacht gelten zu wollen. Auch japanische und taiwanische Kommentatoren deuteten die Militärübung in dieser Richtung und warnten sofort vor einer potenziellen Gefahr durch die chinesische Armada. (ST, 10.9.05; IHT, 11.9.05; *Wen Wei Po*, 11., 23.8.05, nach BBC PF, 11., 23.8.05; *Ta Kung Pao* website, 14.8.05, nach BBC PF, 14.8.05)

2 Ersehnter Durchbruch bei den Sechs-Parteien-Gesprächen erneut in Frage gestellt

Nach insgesamt zwei Jahren mit vier Verhandlungsrunden zur Lösung der nordkoreanischen Atomfrage schien es am 19. September erstmals einen echten Erfolg zu geben. Die gemeinsame „Erklärung über die Grundzüge für ein Ende des nordkoreanischen Atomwaffenprogramms“ war das erste Dokument, auf das sich die sechs Verhandlungspartner Nordkorea, USA, China, Südkorea, Japan und Russland einigen konnten. Jedoch schon am folgenden Tag machte Nordkorea erneut einen Rückzug, indem es seine Zugeständnisse an weitere Forderungen knüpfte und den so mühsam gewonnenen Kompromiss damit wiederum in Frage stellte.

Nachdem die vorige Runde der Sechs-Parteien-Gespräche im Juni 2004 ergebnislos beendet wurde (vgl. C.a., 2004/6, Ü 1), weigerte sich Pjöngjang über ein Jahr lang, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Der Konflikt verschärfte sich im Februar diesen Jahres, als Nordkorea sich als Atommacht ausgab und gleichzeitig seinen Rückzug aus den multilateralen Gesprächen bekannt gab (vgl. C.a., 2/2005, Dok 3). Anfang Juli zeigte sich Nordkorea überraschend zur Wiederaufnahme der Gespräche bereit. Kurz vor Beginn dieser 4. Verhandlungsrunde, die wie gewohnt vom Gastgeber China in Beijing ausgerichtet wurde, stellte Nordkorea neue Bedingungen. Der Verzicht auf Atomwaffen wurde vom Abschluss eines Friedensvertrages mit Südkorea abhängig gemacht. Am 26. Juli begannen die zeitlich flexibel gestalteten multilateralen Beratungen. In den Eröffnungserklärungen hoben alle Seiten ihre ernsthafte Verhandlungsbereitschaft hervor. Der Chef-Unterrhändler der USA und Staatssekretär im Außenministerium, Christopher Hill, sagte jedoch auch, die Gespräche befänden sich in einem kritischen Stadium. (*Spiegel* online, 26.7.05; *SZ* online, 26.7.05)

Als Verhandlungsleiter der Gespräche legte Vizeaußenminister und Kopf der chinesischen Delegation, Wu Dawei, Chinas 4. Entwurf eines gemeinsamen Dokuments vor. Größter Streitpunkt zwischen den Parteien war weiterhin die zeitliche Abfolge der Erfüllung von Forderungen und Verpflichtungen. Nordkorea forderte neben dem Friedensvertrag mit Südkorea die „bedingungslose Garantie“ der USA, dass keine Atomwaffen gegen sie eingesetzt werden. Außerdem verlangten sie eine Normalisierung der Beziehungen zu den USA, den Abzug amerikanischer Truppen von der koreanischen Halbinsel sowie wirtschaftliche Unterstützung. Die nordkoreanische Seite bestand auf der Erfüllung ihrer Bedingungen ohne vorherige Leistungen ihrerseits – die USA als ihr Hauptkontrahent setzten der Vergabe von Sicherheitsgarantien und Wirtschaftshilfen eine Beendigung des Atomprogramms voraus. Am 7. August wurden die Gespräche nach 13 Verhandlungstagen vorerst ausgesetzt, da es zu keinem greifbaren Ergebnis gekommen war. Ernüchternder Konsens der sechs Teilnehmerländer bestand erneut nur im gemeinsamen Ziel einer atomwaffenfreien koreanischen Halbinsel. (*XNA*, 23.8.05; *Xinhua*, 15.9.05, nach *BBC* PF, 15.9.05; *Spiegel* online, 22., 26., 27., 29.7., 29.8.05; *SZ* online, 26.7.05)

Unter der Begründung eines zwischen Südkorea und den USA stattfindenden Militärmanövers sagte die nordkoreanische Seite Ende August die für den 5. September geplante Wiederaufnahme der Verhandlungen vorerst ab. Eine Fortführung der Gespräche sei jedoch Mitte bis Ende September möglich, hieß es seitens des nordkoreanischen Außenministers Pae Nam Sun. Politische Beobachter nannten jedoch als wahrscheinlicheren Grund das für den 5. September geplante Treffen zwischen dem chinesischen Staatspräsidenten Hu Jintao mit seinem US-amerikanischen Amtskollegen George Bush (vgl. Dok 3 in diesem Heft), dessen Ergebnisse zunächst abgewartet werden sollten. (*Spiegel* online, 29.8.05; *Deutsche Welle World* online, 19.9.05)

Die langwierigen und zermürbenden Verhandlungen ohne konkrete Zugeständnisse sowie häufige Rückzieher der nordkoreanischen Regierung strapazierten die Geduld aller Verhandlungspartner des kommunistischen Regimes erheblich. Insbesondere China hatte gehofft, sich auf internationalem Parkett einen Ruf als erfolgreicher Vermittler in „einer der schwierigsten Fragen der internationalen Sicherheit“ (Kofi Annan, *Spiegel* online, 19.9.05) zu machen. „China hat am Anfang der Gespräche nicht gedacht, dass sich diese so schwierig und kompliziert gestalten würden. China hat auch nicht damit gerechnet, dass Nordkorea mit immer neuen Forderungen kommt“, erklärte Fang Changping, Nordkorea-Experte der Renmin-Universität in Beijing. (*Deutsche Welle World* online, 2.9.05)

Am 13. September wurden die Sechs-Parteien-Gespräche schließlich nach fünfwöchiger Pause in Beijing fortgesetzt. Der Fokus dieser 2. Phase der 4. Verhandlungsrunde lag laut Liu Jianchao, Sprecher der chinesischen Seite der Sechser-Gespräche, auf der Anstrengung, ein für alle Seiten akzeptables, gemeinsames Dokument zu formulieren. Hauptstreitpunkt sei die Frage, ob Nordkorea das Recht auf die zivile Nutzung der Atomenergie zugestanden werden solle (*ZXS*, 13.9.05, nach *BBC* PF, 13.9.05). Insbesondere die USA sprachen sich im Hinblick auf das bisherige Register der Waffenentwicklungen in Nordkorea entschieden dagegen aus. China und Südkorea vertraten indessen die Ansicht, jedes Land, welches dem Atomwaffensperrvertrag beitrete und sich seiner Kontrollinstitutionen beuge, habe auch ein Anrecht auf die friedliche Nutzung der Atomkraft (*WSJ*, 1.9.05).

Am 19. September wurde mit der Unterzeichnung des ersten gemeinsamen Abkommens endlich eine Einigung im Rahmen der Sechs-Parteien-Gespräche gemeldet. Demnach sei Nordkorea bereit, auf sein Atomprogramm zu verzichten, dem Atomwaffensperrvertrag wieder beizutreten und internationale Inspektionen seiner Atomanlagen zuzulas-

sen. Im Gegenzug erhalte das kommunistisch regierte Land umfangreiche Sicherheitsgarantien, inklusive der Versicherung der USA Nordkorea nicht anzugreifen sowie ihre Zusicherung, keine Atomwaffen auf der koreanischen Halbinsel stationiert zu haben. Als Wirtschaftshilfe werde Nordkorea Erdöl- und Stromlieferungen erhalten. Außerdem wurde der nordkoreanischen Regierung das Ende ihrer diplomatischen Isolation durch eine schrittweise Normalisierung der Beziehungen zu den USA und Japan in Aussicht gestellt. Sobald Nordkorea wieder das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft erlangt habe, solle dem Land auch das Recht auf ein ziviles Atomprogramm zugestanden werden. Als „Epoche machende“ Vereinbarung bezeichnete Südkorea das Dokument noch am selben Tag. Experten warnten jedoch sogleich vor Konflikten bei dessen Umsetzung, da die Formulierungen zu vage seien und sich Nordkorea wiederholt durch seinen abrupten Sinneswandel ausgezeichnet habe. Auch US-Präsident George W. Bush sprach angesichts der Übereinkunft eher zurückhaltend von einem Schritt in die richtige Richtung, äußerte sich aber zugleich skeptisch, ob sich Nordkorea an seine Zusagen halten werde.

Derartige Befürchtungen wurden nicht ohne Grund geäußert, hatte sich Nordkorea doch schon mehrmals als unberechenbarer Verhandlungspartner offenbart. Die Freude über den Durchbruch bei den multilateralen Gesprächen währte auch dieses Mal nicht lange. Schon am Folgetag stellte die nordkoreanische Seite als „physische Garantie der Vertrauensbildung“ die zusätzliche Bedingung der Lieferung eines Leichtwasserreaktors zur Deckung des Strombedarfs. Diese Forderung war schon in den Vortagen mit Nachdruck gestellt worden. In der Einigungserklärung hieß es dazu, dieses Thema solle „zur angemessenen Zeit“ geklärt werden. Ein Ministeriumssprecher in Pyongyang wurde von der amtlichen Nachrichtenagentur KCNA mit folgenden Worten zitiert: „Die USA sollten

erst gar nicht davon träumen, dass die Volksrepublik (Nordkorea) vor der Lieferung von Leichtwasserreaktoren ihre atomare Abschreckung abbaut“. Auch der nordkoreanische Delegationsleiter und Vizeaußenminister Kim Kye-gwan bekräftigte vor seinem Abflug diese Bedingung. Japan und die USA äußerten sich entrüstet über die neuen Forderungen, die sie als „unannehmbar“ und „inakzeptabel“ bezeichneten, da sie nicht Teil der Abmachung seien. (*Spiegel* online, 20.9.05; *SZ* online, 20.9.05) Nordkorea hat es somit erneut geschafft, seinem zweifelhaften Ruf als unzuverlässiger Vertragspartner gerecht zu werden – und damit Chinas Ruhm als erfolgreichen Verhandlungsführer zu schmälern.

Die 5. multilaterale Gesprächsrunde, für die Washington angekündigt hatte über eine mögliche Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Pyongyang zu beraten, ist für Anfang November angesetzt. (*Xinhua*, 12.-15., 18., 19., 23.9.05, nach *BBC PF*, 12.-15., 18., 19., 23.9.05; *ZXS*, 13.9.05, nach *BBC PF*, 13.9.05; *Kyodo News Service*, 12.-17., 19., 22.9.05, nach *BBC PF*, 12.-17., 19., 22.9.05; *Yonhap news agency*, 14., 15., 17.-22.9.05, nach *BBC PF*, 14., 15., 17.-22.9.05; *KCNA news agency*, 8., 13., 16.9.05, nach *BBC PF*, 8., 13., 16.9.05; *SCMP website*, 9.9.05, nach *BBC PF*, 9.9.05; *The Korea Herald website*, 14.9.05, nach *BBC PF*, 14.9.05; *CCTV4*, 15.9.05, nach *BBC PF*, 15.9.05; *Spiegel* online, 19., 20.9.05; *SZ* online, 19., 20.9.05; *Deutsche Welle World online*, 2., 19.9.05; *IHT*, 7., 13., 14., 18.9.05; *ST*, 13., 21., 28.9.05; *The Japan Times* online, 9., 11., 14., 16., 29.9.05; *WSJ*, 18.9.05)

3 Geplanter Besuch Hu Jintaos in den USA kurzfristig abgesagt

Eigentlich wollte der chinesische Staats- und Parteichef Hu Jintao Anfang September zu einem Staatsbesuch in die USA reisen. Es sollte sein erster Besuch in den USA seit seiner Amtsübernahme im März 2003 werden. Am 7. September war ein Treffen mit Präsident George W.

Bush geplant. Einen Tag darauf hatte Hu vor, in einer Rede an der Yale University in Seattle die US-Amerikaner von der friedlichen Entwicklung Chinas zu überzeugen. Er wollte außerdem mit Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sowie mit Menschen aus dem einfachen Volk zusammentreffen. Das Hauptziel des Besuches sei es, so Qin Gang, Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Verständnis und Kooperation zu fördern und der amerikanischen Öffentlichkeit zu erklären, dass China eine Entwicklung durch friedliche Mittel suche (*WSJ*, 1.9.05).

Die Vorzeichen für diesen Besuch standen jedoch von vornherein nicht gut. Seit einigen Monaten schon befinden sich die chinesisch-amerikanischen Beziehungen in einer schwierigen Phase. Die US-amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice bezeichnete jüngst die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Mächten als „big and complicated“. China sei weder ein echter Partner, noch ein Rivale, fügte sie hinzu (*ST*, 25.8.05). Diplomatische Spannungen wurden zum einen durch den im Juli veröffentlichten Pentagon-Bericht ausgelöst, laut dessen die militärische Entwicklung Chinas besorgniserregend sei. Die chinesische Regierung wehrte sich vehement gegen die Vorwürfe, von China ginge eine militärische Gefahr aus (vgl. C.a., 4/2005, Dok 4). Gleichzeitig sorgten die von den USA als „höchst unverantwortlich“ bezeichneten Aussagen des chinesischen Generalmajors Zhu Chenghu für Aufregung. Dieser machte gegenüber ausländischen Reportern die Bemerkung, China könnte bei einem US-amerikanischen Angriff mit Atomwaffen reagieren, da ein Krieg gegen die USA mit konventionellen Waffen nicht zu gewinnen sei. Das chinesische Außenministerium bemühte sich, die Wogen zu glätten, indem es bestätigte, dies entspräche nicht der offiziellen Regierungsmeinung und Beijing würde „niemals und unter keinerlei Umständen“ zuerst Atomwaffen einsetzen. (*SCMP*, 1.8.05; *Spiegel* online, 15.7.05) Daneben wurde die Solidarität Beijings mit verschiedenen repressiven

Regimen, wie jenen in Zimbabwe, Myanmar und Usbekistan, von Washington aus mit Argwohn betrachtet. Weitere kritische Punkte der bilateralen Beziehungen lagen im wirtschaftlichen Bereich. Insbesondere die Sorge um eine Übernahme der amerikanischen Ölfirma Unocal durch einen chinesischen Staatsbetrieb hatte während des Sommers zu erheblichen Unstimmigkeiten geführt. Darüber hinaus sorgten die chinesischen Widerstände gegen eine Abwertung ihrer Währung sowie Kritik an den sino-amerikanischen Handelsbeziehungen bei einem enormen Defizit der amerikanischen Handelsbilanz für Kontroversen.

Hinzu kamen Meinungsverschiedenheiten bezüglich des Protokolls des geplanten Besuches. Das chinesische Außenministerium kündigte den Aufenthalt ihres Staatspräsidenten in den USA als „Staatsbesuch“ an. Seitens der US-amerikanischen Regierung sollte Hu Jintaos Visite jedoch lediglich ein gewöhnlicher „Besuch“ sein, wodurch der Aufenthalt erheblich an Bedeutung verlieren würde. Auf die Symbolik eines offiziellen Staatsbesuches legte Beijing jedoch großen Wert. Bis kurz vor erwarteter Abreise des chinesischen Staats- und Parteichefs konnte in diesem Punkt keine Einigung erzielt werden.

In einem Telefongespräch nur zwei Tage vor beabsichtigter Ankunft Hus in den USA wurde der vereinbarte Termin des Besuches überraschend auf einen unbestimmten Zeitpunkt verschoben. Als offizielle Begründung nannten beide Seiten George W. Bushs spezielle Beanspruchung durch die besondere Lage nach den Verwüstungen durch den Hurrikan Katrina. Diese Erklärung wurde jedoch von einigen Beobachtern angezweifelt. Liu Rui-shao, politischer Kommentator aus Hongkong, sieht in dem Rückzug eine direkte diplomatische Reaktion auf den fehlenden Konsens über die Agenda und den Status des Besuches (ZTS, 4.9.05, nach BBC PF, 4.9.05). Beijing wies jedoch jegliche Spekulationen zurück, der Besuch sei wegen Unstimmigkeiten im

Protokoll verlegt worden. Auch diverse US-amerikanische Beobachter folgten der offiziellen Argumentation. Bush hätte es sich kaum leisten können ausländische Besucher zu empfangen, während ihm gleichzeitig vorgeworfen werde, sich nicht ausreichend um die Opfer der Katastrophe zu kümmern, hieß es etwa in der *Financial Times* (FT, 7.9.05). Trotz der so kurzfristigen Verlegung des Besuches – auf dieser hochrangigen Ebene ein äußerst ungewöhnliches Ereignis – herrschte in den Medien Konsens darüber, dass dieser Schritt die bilateralen Beziehungen eher positiv als negativ beeinflussen werde. Alle Seiten begrüßten den Aufschub des Besuches, fürchtete man doch wegen der Kontroversen im diplomatischen Protokoll einen eher konfliktreichen Aufenthalt.

Die beiden Staatspräsidenten verabredeten als kurzfristigen Ersatz ein gemeinsames Treffen zum 60. Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen Mitte des Monats im UN-Hauptquartier. Am 13. September trafen Hu Jintao und George Bush in New York zu diesem Gespräch zusammen. Themen, die während des geplatzten Besuches besprochen werden sollten, allem voran Energie- und Handelsfragen, konnten während dieses Gedankenaustausches erörtert werden. Es wurde weiterhin vereinbart, dass Bush und Hu nach dem informellen APEC-Treffen im November erneut zusammenkommen. Nun bleibt abzuwarten, ob sich die bilateralen Beziehungen bis dahin entspannt haben werden. (XNA, 30.8.05; Xinhua, 30.8.05, nach BBC PF, 30.8.05; RMRB online, 1., 16.8.05, nach BBC PF, 1., 16.8.05; FT, 25.8., 30.8., 3./4.9., 7.9.05; WSJ, 25., 28., 30., 31.8., 1., 5., 6., 8.9.05; ST, 25., 26., 31.8., 5., 6., 7., 8.9.05; SCMP, 1., 3., 26., 31.8.05; *Ping Kuo Jih Pao*, *Apple Daily*, website, 26.8.05, nach BBC PF, 26.8.05; IHT, 31.8., 6.9.05; *Ta Kung Pao* website, 31.8.05, nach BBC PF, 31.8.05; ZTS, 1.8., 4.9.05, nach BBC PF, 1.8., 4.9.05; *Zhongguo Xinwen Wang* website, 5.9.05, nach BBC PF, 5.9.05; fmprc.gov.cn, 14.9.05; *Spiegel* online, 15.7.05)

4 Kaum Entspannung zwischen China und Japan zum 60. Jahrestag des Kriegsendes

Mit ausgiebigen Gedenkfeierlichkeiten beging die chinesische Regierung das Ende der japanischen Okkupation in China vor 60 Jahren. Schon im Vorfeld der Ereignisse strahlte das chinesische Fernsehen eine Vielzahl von Dokumentationen, Fernsehserien und Talkshows über die japanische Invasion aus. Verschiedene Ausstellungen beschäftigten sich intensiv mit der acht Jahre währenden japanischen Besatzungszeit. Dieses hochgradig sensible Thema, ließ eine sachliche Berichterstattung jedoch nicht immer zu. Direkt vor dem Jahrestag druckte die chinesische Tageszeitung *Zhongguo Qingnian Bao* auf ihrem Titelblatt grausige Bilder von Verwundeten ab, die im Jahr 2003 durch von der japanischen Armee zurückgelassenem Senfgas verletzt wurden (vgl. C.a., 2003/8, Ü 2). Parallel dazu wurde die chinesische Bevölkerung über die offizielle Nachrichtenagentur Xinhua zu einer „frischen Welle von landesweitem Patriotismus“ in Erinnerung an das Kriegsende vor 60 Jahren aufgegrufen (WSJ, 14., 15.8.05). Aufgrund dieses emotionalen Umgangs mit den historischen Ereignissen warfen internationale Kommentatoren den chinesischen Medien vor, bestehende antijapanische Ressentiments im Volk weiter zu schüren. Es wurde ferner unterstellt, China nutze die Feierlichkeiten, um politischen Druck auf Tokyo auszuüben. Das Presseamt des Chinesischen Staates wehrte sich in einer Stellungnahme durch seinen stellvertretenden Direktor Wang Guoqing vehement gegen diese Anklage. Auch der Kustos der Gedenkhalle der Opfer des Nanjing-Massakers, Zhu Chengshan, verteidigte die Feierlichkeiten mit den Worten: „Es soll klar gemacht werden, wie schwer der Kampf um den Frieden war. Nur so kann das heutige friedvolle Leben wirklich geschätzt werden.“ (SCMP, 4., 31.8.05; WSJ, 11., 14., 15.8.05; XNA, 15.8.05; ST, 15.8.05; China.org.cn, 31.8.05)

Am 15. August, dem Jahrestag der Kapitulation durch den japanischen Kaiser Hirohito, ertönten Luftangriffs-Sirenen in Tianjin, Changsha und anderen chinesischen Städten die Schauplatz heftiger Kämpfe waren. Die Hauptveranstaltungen des Gedenkens, zu denen tausende Gäste, jedoch keine Staatspräsidenten anderer Nationen, geladen waren, erfolgten zwischen dem 26. und 28. August in Beijing. Die offiziellen Festlichkeiten fanden als Massenergebnisse in der Großen Halle des Volkes statt. Darüber hinaus nahmen etwa 10.000 geladene Gäste an einer Kranzniederlegung am Denkmal der Volkshelden auf dem Tiananmen-Platz teil. Über 700.000 Personen aus dem In- und Ausland wurden im Rahmen der Ereignisse für ihren Einsatz im Widerstand geehrt. (XNA, 15.8.05; ST, 15.8.05; SCMP, 31.8.05)

Die Gedenkfeiern setzten sich Anfang September, zum Jahrestag der formellen Kapitulation Japans gegenüber den Alliierten und China, mit einer im gesamten Land ausgestrahlten Fernsehansprache des chinesischen Staatspräsidenten Hu Jintao fort. In seiner Rede gedachte Hu auch der Unterstützung durch Soldaten und antifaschistische Widerstandskämpfer aus anderen Ländern. Auf dem derzeitigen Höhepunkt der chinesisch-russischen Freundschaft (vgl. Dok 6 in diesem Heft) hob er hierbei insbesondere den Beitrag der sowjetischen Roten Armee im Kampf gegen die japanischen Besatzer hervor. Extra zu diesem Ereignis lud die chinesische Regierung Kriegsveteranen der ehemaligen Sowjetunion ein. Hu dankte seinem russischen Amtskollegen Putin darüber hinaus in einem Telefongespräch für die Unterstützung der ehemaligen Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges. Die Bedeutung der USA und anderer Alliierten beim Sieg über Japan wurde im Gegensatz zum sowjetischen Engagement eher am Rande erwähnt. (XNA, 3.9.05; ST, 5.9.05)

Alle Aktivitäten und Aussagen der japanischen Regierung rings um die Gedenktage verfolgte man in China genauestens. Die am 2. August

vom japanischen Unterhaus verabschiedete „Resolution zum 60. Jahrestag des Kriegsendes“ wurde aufgrund des Fehlens von Begriffen wie „Kolonialherrschaft“ und „Invasion“ sofort auf das Heftigste kritisiert und als Rückschritt im Gegensatz zur vor 10 Jahren verabschiedeten Resolution bezeichnet. Die *Renmin Ribao* ließ die Gelegenheit nicht aus, um Japan für seine mangelnde Vergangenheitsbewältigung im Zusammenhang mit den verübten Kriegsverbrechen gegenüber China anzuklagen. Das uneinsichtige Verhalten der Regierung wurde mehrfach in Beziehung zum Wunsch Japans, ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat zu werden, gestellt. Japan müsse zunächst das Vertrauen seiner Nachbarländer sowie der gesamten internationalen Gemeinschaft gewinnen, ließ der chinesische Vize-Außenminister Lu Xinhua verlauten. (Xinhua, 3.8.05, nach BBC PF, 3.8.05; ST, 15.8.05; XNA, 5.8.05; RMRB online, 11.8.05, nach BBC PF, 11.8.05; WSJ, 11.8.05; SCMP, 31.8.05)

Erwartungsgemäß nahm auch das empfindliche Thema der Besuche hochrangiger japanischer Politiker am Yasukuni-Schrein (vgl. auch C.a., 3/2005, S. 11-16) einen großen Raum in der chinesischen Diskussion um die unzureichende Reflektierung Japans gegenüber seiner Kriegsverbrechen ein. In den chinesischen Medien wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass sich der japanische Premierminister Koizumi seit seiner Amtsübernahme im Jahr 2001 bereits viermal zum umstrittenen Schrein begeben und damit die Gefühle der Kriegsoffer verletzt habe. Dass er jedoch hierbei stets – so auch in diesem Jahr – das sensible Datum des 15. Augustes vermied, wurde nicht erwähnt. Das chinesische Außenministerium nahm insbesondere den Besuch von drei japanischen Ministern am Yasukuni-Schrein zum Anlass vehementer Kritik. (RMRB online, 29.7.05, nach BBC PF, 29.7.05; Xinhua, 15.8.05, nach BBC PF, 15.8.05; XNA, 15.8.05; ST, 15.8.05; SCMP, 15.8.05; WSJ, 15.8.05)

Zwar provozierten jene hochrangigen japanischen Regierungsmitglie-

der China durch ihr Verhalten, Koizumi selbst nutzte die Gedenkfeierlichkeiten am 15. August jedoch für eine versöhnliche Ansprache. Diese wurde auch in China mit vorsichtigem Wohlwollen aufgenommen. Hierin gestand der Premierminister ein, dass Japans „Kolonialherrschaft und Invasion enormen Schaden und großes Leid“ verursacht habe. Er drückte seine „tief empfundene Entschuldigung“ dafür aus. In Beijing wurde insbesondere positiv wahrgenommen, dass Koizumi nun, im Gegensatz zur zuvor veröffentlichten Resolution, die Worte „Kolonialherrschaft“ sowie „Invasion“ gebrauchte. Seine Äußerungen wurden seitens der *Renmin Ribao* als Fortschritt im Gegensatz zu bisher gemachten „uneindeutigen“ Entschuldigungen verstanden. Die chinesische Seite hoffe nun auf Taten der japanischen Regierung, die diesen Bekundungen entsprächen, hieß es in der Ansprache Hu Jintaos sowie in Aussagen des chinesischen Außenministeriums. (Xinhua, 15.8.05, nach BBC PF, 15.8.05; WSJ, 15.8.05; RMRB online, 16.8.05, nach BBC PF, 16.8.05; Kyodo News Service, 3.9.05, nach BBC PF, 3.9.05; WSJ, 3.9.05)

60 Jahre nach Kriegsende sind die bilateralen Beziehungen zwischen China und Japan weiterhin relativ angespannt. Die Gedenkfeierlichkeiten wurden von China zunächst zum Anlass genommen, den Rivalen Japan erneut für die unzureichende Aufarbeitung seiner Kriegsverbrechen anzuklagen und international bloßzustellen, um ein Erstarren Japans auf der politischen Weltbühne zu verhindern. Nach konzilianten Worten des japanischen Premiers, wurden jedoch auch in China mildere Töne angeschlagen.

5 Erster strategischer Dialog zwischen China und den USA

Erstmals seit Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der USA und China vor 26 Jahren wurde ein regelmäßiger strategischer Dialog zwischen den beiden Mäch-

ten ins Leben gerufen. Der neue Kooperationsmechanismus, der auf Initiative von Hu Jintao und George Bush entstand, soll von nun an zweimal jährlich auf Ebene der Vizeaußenminister stattfinden.

Das erste dieser hochrangigen Treffen, die Beijing als „strategischen Dialog“, Washington hingegen als „senior dialogue“ bezeichnet, fand am 1. und 2. August in Beijing statt. Die beiden stellvertretenden Außenminister Robert Zoellick und Dai Bingguo diskutierten in einem „ehrliehen und offenen Austausch“ (ZTS, 2.8.05, nach BBC PF, 2.8.05; ST, 3.8.05) sowohl die bilateralen Beziehungen zwischen China und den USA, als auch multilaterale Fragen von strategischer Bedeutung. Sicherheitspolitische Themen, wie die Sechs-Parteien-Gespräche (vgl. Dok 2 in diesem Heft), Chinas militärische Entwicklung (vgl. Dok 1 und Dok 6 in diesem Heft), die Terrorismus-Bekämpfung und die Taiwan-Frage standen ebenso auf der Tagesordnung, wie Problembereiche im bilateralen Handel und im Energiesektor. Auch die Forderungen der USA nach mehr Demokratie und der Einhaltung der Menschenrechte in China wurden angesprochen.

Der Dialog solle dazu dienen, Spannungen in militärischen Fragen und in den Handelsbeziehungen abzubauen, Missverständnisse auszuräumen und das gegenseitige Vertrauen zu stärken, hieß es in offiziellen Stellungnahmen der VR China. (RBRB online, 1.8.05, nach BBC PF, 1.8.05; XNA, 1.8.05; SCMP, 1.8.05) Konkrete Ergebnisse wurden nicht bekannt, jedoch hieß es sowohl von chinesischer als auch von US-amerikanischer Seite, der Dialog sei konstruktiv verlaufen und habe dazu beigetragen, das gegenseitige Verständnis zu erhöhen. Chinesischen Quellen zufolge werde das zweite Treffen dieser Art in einigen Monaten stattfinden.

Auf seinem insgesamt dreitägigen Besuch in China, traf Zoellick auch mit dem chinesischen Premierminister Wen Jiabao, mit Außenminister Li Zhaoxing sowie mit Mitgliedern der Nationalen Entwick-

lungs- und Reformkommission zusammen. (XNA, 1.8.05; ZXS, 1.8.05, nach BBC PF, 1.8.05; RBRB online, 1.8.05, nach BBC PF, 1.8.05; ZTS, 1., 2.8.05, nach BBC PF, 1., 2.8.05; Xinhua, 2.8.05, nach BBC PF, 2.8.05; *Wen Wei Po* website, 3.8.05, nach BBC PF, 3.8.05)

6 Russland exportiert Militärtechnik an die VR China

Im Anschluss an die im August durchgeführte chinesisch-russische Militärübung (vgl. Dok 1 in diesem Heft) stellte die russische Seite ihre während des Manövers eingesetzte militärische Ausrüstung in der chinesischen Stadt Qingdao zur Schau. Chinas Verteidigungsminister Cao Gangchuan besuchte die Ausstellung im Hinblick auf den geplanten Kauf russischer Militärtechnik. Gleichzeitig wurde über die chinesische Zeitung *People's Daily* bekannt, das militärische Handelsvolumen zwischen China und Russland solle bis zum Jahr 2010 um 60-80 Mrd. US\$ steigen. (XNA, 26.8.05; PD, 26.8.05, nach ST, 27.8.05)

Wenige Tage nach der Rückkehr aller Truppen reiste Verteidigungsminister Cao am 6. September zu einem fünftägigen Besuch nach Russland. Gemeinsam mit seinem russischen Amtskollegen Sergey Ivanov wertete er das zurückliegende Manöver aus und besprach die weitere Entfaltung militärischer Kooperationen zwischen beiden Staaten sowie Entwicklungen im Rahmen der SCO. Zudem traf er mit dem russischen Premierminister Mikhail Fradkov in Moskau zusammen, bevor die Verteidigungsminister beider Staaten im westrussischen Sotchi am 12. Treffen der Russisch-Chinesischen Kommission für Militärische und Technische Kooperation teilnahmen. Cao bezeichnete das Treffen als erfolgreich und betonte, es hätte viele gemeinsame Ansichten gegeben. Die Unterzeichnung verschiedener Kooperationsabkommen im militärischen Bereich beinhaltete auch den Export von Il-76 Transport- und Il-78 Tankerflugzeugen nach China, bestätigte Ivanov. Cao hob während seines Besu-

ches hervor, die bilateralen Beziehungen zwischen China und Russland seien in der gesamten Geschichte noch nie so gut gewesen. (RIA news agency, 6.9.05, nach BBC PF, 6.9.05; ZTS, 7.9.05, nach BBC PF, 7.9.05; ITAR-TASS news agency, 8.9.05, nach BBC PF, 8.9.05; Interfax news agency, 8.9.05, nach BBC PF, 8.9.05)

7 China verpflichtet sich zur Zusammenarbeit mit der UN-Menschenrechtskommission

Während des fünftägigen Antrittsbesuches der neuen UN-Menschenrechtskommissarin Louise Arbour versprach die chinesische Regierung, enger mit den Vereinten Nationen bezüglich der Einhaltung der Menschenrechte zu kooperieren. Nachdem sich China zu den Grundsätzen der UN-Menschenrechtskonvention bekannt hatte, unterzeichneten beide Seiten am 31. August ein Abkommen, welches China insbesondere juristische Hilfestellung bei der Reform des Rechtssystems geben soll. Die UNO werde China dabei unterstützen, alternative Strafen als den Gefängnisaufenthalt zu entwickeln sowie das Strafrecht, die Anwaltsordnung und weitere relevante Gesetze und Bestimmungen zu überarbeiten, heißt es in der Erklärung. Außerdem sicherte Beijing zu, das Thema Menschenrechte in die Lehrpläne von Schulen und Universitäten aufzunehmen. Kurz vor Arbours Besuch stimmte Beijing außerdem erstmals einer Inspektionsreise des UN-Folterberichterstatters zu. Der UN-Folterinspekteur Manfred Nowak wird China vom 21. November bis 2. Dezember besuchen.

Ob diese Zugeständnisse seitens der chinesischen Regierung jedoch eine Bereitschaft zu wirklicher Veränderung widerspiegeln ist fraglich. Beijing argumentiert auch weiterhin, dass China „nach seinen nationalen Bedingungen eigene Wege zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte“ (*Die Welt* online, 3.9.05) gehen werde. Arbour wies diese Position entschieden zurück und argumentierte: „Es

gibt in Menschenrechtsfragen internationale Standards.“ Auch hinsichtlich der Themen Todesstrafe und Arbeitserziehungslager gab es keine Annäherung. (*Berliner Zeitung*, 27./28.8.05; IHT, 30.8., 3.9.05; WSJ, 23., 30., 31.8.05; Deutsche Welle World website, 29.8., 2.9.05; ZXS, 1.9.05; *Die Welt* online, 3.9.05)

8 Europa und China: Stärkung der Beziehungen bei Gipfeltreffen

Am 5. September trafen sich in Beijing Vertreter Chinas und der Europäischen Union zum jährlichen Gipfeltreffen. Die im Großen und Ganzen guten Beziehungen zwischen der EU und China wurden auf diesem 8. Gipfel vom Textilstreit überschattet, der trotz intensiver Gespräche bis zum Vorabend des Treffens nicht beigelegt werden konnte (vgl. Dokumentation in der Rubrik „Außenwirtschaft“ in diesem Heft). Premierminister Wen Jiabao repräsentierte bei dieser Zusammenkunft die chinesische Seite. Als Vertreter der Europäischen Union nahmen der amtierende EU-Ratspräsident Toni Blair, EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso sowie der Generalsekretär des Europäischen Rates und Hoher Vertreter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Javier Solana teil. Die Repräsentanten der EU trafen auch mit dem chinesischen Staats- und Parteichef Hu Jintao sowie mit dem Mitglied des Staatsrates Tang Jiaxuan zusammen. Gleichzeitig wurde der 2. China-EU Wirtschaftsgipfel abgehalten (vgl. die Dok in der Rubrik „Außenwirtschaft“ in diesem Heft).

Die Bekräftigung zur Fortführung und Vertiefung der im Jahr 2003 vereinbarten umfassenden strategischen Partnerschaft zwischen der EU und China wurde durch die Unterzeichnung einer Reihe von Memoranden und Vereinbarungen konkretisiert. Diese berührten insbesondere die Bereiche Umweltschutz, Raumfahrt, Energie und Verkehr sowie den politischen Dialog. Zu den wichtigsten Dokumenten gehörten die gemeinsame Deklaration zum

Klimawandel, die Unterzeichnung eines Kredites zur Erweiterung des Beijinger Flughafens sowie die Vereinbarung zur Durchführung eines regelmäßigen Strategiedialoges auf der Ebene der Vize-Außenminister ab Ende 2005. Weitere bedeutende Themen des Gipfeltreffens betrafen die Vorbereitungen zu einem neuen Rahmenabkommen zwischen China und der EU sowie die Verhandlungen zum gemeinsamen Flugverkehrsabkommen, die noch in diesem Jahr beginnen sollen.

30 Jahre nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der VR China im Jahr 1975 seien laut Solana die Beziehungen zwischen der EU und China außerordentlich gut. Es gäbe jedoch weiterhin Differenzen in Fragen der Menschenrechte, der Sozialstandards und politischer Reformen. Chinas Forderung nach Aufhebung des 1989 von der EG verhängten Waffenembargos sowie nach Anerkennung Chinas als vollwertige Marktwirtschaft bildeten weitere noch ungeklärte Themenblöcke. Solana äußerte die Hoffnung, die Kooperation in Fragen von regionaler und internationaler Relevanz, wie der Nichtverbreitung von Atomwaffen, zu verstärken.

Toni Blair traf am 6. September erneut mit Wen Jiabao zusammen, dieses Mal in seiner Funktion als Premierminister Großbritanniens. Auf dem britisch-chinesischen Gipfel standen die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen im Vordergrund, es wurden jedoch auch Abkommen im kulturellen Bereich unterzeichnet und ein Vier-Jahres-Programm zum Kulturaustausch zwischen China und Großbritannien angekündigt. (WSJ, 4., 6.9.05; Xinhua, 5., 6.9.05; XNA, 5.9.05, nach BBC PF, 5.9.05; RMRB online, 6.9.05, nach BBC PF, 6.9.05; ST, 5.9.05; FT, 5.9., 7.9., 8.9.05; ZTS, 6.9.05, nach BBC PF, 6.9.05)

Innenpolitik

Heike Holbig / Katrin Willmann

9 Postume Rehabilitierung Hu Yaobangs?

Nach Insiderinformationen aus politischen Elitekreisen in Beijing plant die parteistaatliche Führungsspitze mit persönlicher Unterstützung von Partei- und Staatschef Hu Jintao, anlässlich des 90. Geburtstags von Hu Yaobang im November 2005 erstmalig offizielle Gedenkfeiern zu dessen Ehren abzuhalten. Sollten sich diese Informationen bewahrheiten, käme dies einer offiziellen postumen Rehabilitierung des 1987 wegen seiner „bourgeois-liberalen“ Haltung gestürzten und 1989 verstorbenen KPCh-Generalsekretärs gleich. Der Tod des populären Politikers am 15. April hatte den Auslöser für die groß angelegten Studentendemonstrationen im Frühsommer 1989 gebildet, die in der Nacht vom 3. auf den 4. Juni im Massaker auf dem Tiananmen-Platz ihr Ende fanden. Das Gedenken an Hu Yaobang, der als einstiger Mentor Hu Jintaos während dessen formativem Karriereabschnitt im Kommunistischen Jugendverband gilt, war seither von offizieller Seite aus Furcht vor einem Wiederaufflammen der Proteste tabuisiert worden.

Soweit bekannt, sollen zum 90. Geburtstag Hu Yaobangs am 20. November d.J. nun erstmals Gedenkfeiern in der Großen Halle des Volkes stattfinden. Das Ereignis, zu dem auch einige Mitglieder des Politbüros erwartet werden, soll im staatlichen Fernsehen übertragen werden. Ferner sind Ausstellungen in seiner Heimatstadt Liuyang in der südchinesischen Provinz Hunan sowie die Publikation einer Biographie Hu Yaobangs in drei Bänden geplant. Von der Rehabilitierung der Person Hus trenne die parteistaatliche Führungsspitze allerdings die generelle Frage nach einer Neubewertung